

Nr. 47

Antrag der Fraktion der CDU.

Betr.: Aufbringung des Schlachtviehes.

Die gegenwärtig für die Schlachtviehablieferung gehandhabte Umlage nimmt auf die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen keinerlei Rücksicht. Das hat zu Eingriffen in Klein- und kleinstbäuerliche Betriebe geführt, die sich zu einer Gefährdung der Bodenbestellung schon jetzt auswirken. Im Kreise Fulda z. B., besonders im Gebiete der Hohen Rhön und des Vogelsberges, machen diese Betriebe von 1 bis 5 ha 53% der Anbaufläche aus. Die Zahl der Fahrkühle und Rinder beträgt 10 200 oder 25% des Gesamtviehbestandes über 3 Monate. Ähnlich dürfte es auch in den anderen Gebirgskreisen von Groß-Hessen sein.

Wir beantragen daher:

das Statsministerium zu ersuchen, die als Fahrkühle benutzten Tiere in den Betrieben bis 5 ha bei der Berechnung der Umlage außer Betracht zu lassen.

Nr. 48

Dringlichkeits-Antrag der Fraktion der SPD.

Betr.: Überführung der I. G. Farben in Gemeineigentum.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Verfassungberatenden Landesversammlung beantragt:

Die Landesversammlung wolle beschließen:

Die Großhessische Staatsregierung wird ersucht, die schwebenden Verhandlungen über das Eigentum und Vermögen der früheren I. G.-Farbenindustrie mit dem Ziele einer Überleitung in Gemeineigentum zu führen.

Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche Gewähr dafür bieten, daß das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden.

Nr. 49

Antrag des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß beantragt, die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle folgende Erklärung beschließen:

Die Verfassungberatende Landesversammlung begrüßt die Rede des Herrn amerikanischen Staatssekretärs, mit der er, nach den Erklärungen der Pariser Außenminister Konferenz, am 6. September 1946 in Stuttgart die deutsche Frage nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die Welt erneut aufgerollt hat.

Vor allem begrüßt sie die Feststellung, daß das deutsche Volk an der Lösung aller es angehenden Fragen selbst mitwirken soll.

Es erfüllt die Versammlung mit Genugtuung, daß die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands als die unerläßliche Voraussetzung für die Erhaltung des Daseins unseres Volkes bestätigt wurde.

Sie hofft, daß auch die endgültige Festsetzung aller deutschen Grenzen von dem Grundsatz der Erhaltung der Lebensfähigkeit Deutschlands bestimmt wird.

Die Versammlung macht sich in vollem Umfang die Erklärung des Herrn Staatssekretärs zu Eigen, daß es weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens liegt, Deutschland zu einer Schachfigur oder einem Teilnehmer in machtpolitischen Auseinandersetzungen werden zu lassen. Sie ist sich nur zu genau bewußt, daß machtpolitische Bestrebungen der deutschen Politik dem deutschen Volke in der Vergangenheit nur geschadet haben und ihm in der Zukunft nur wieder schaden würden.

Nach den wiederholt bestätigten Grundsätzen des Potsdamer Abkommens soll die deutsche Einheit sich aufbauen auf einer dezentralisierten politischen Struktur und nach den Grundsätzen der demokratischen Selbstverwaltung. In Übereinstimmung mit diesem Grundgedanken sind wir überzeugt, daß allein die Stärkung der neuen demokratischen Kräfte die Gewähr dafür bietet, daß das neue Deutschland seinen Aufgaben gerecht wird. Es entspräche daher diesem Leitgedanken, wenn ein deutsches Zwischen- oder Vorparlament aus Vertretern der Landtage geschaffen würde. Seine Aufgabe wäre es, gemeinsam mit einem zu bildenden deutschen Nationalrat organisatorisch und politisch das Werden der deutschen Einheit vorzubereiten.

Die Landesversammlung bittet deshalb die amerikanische Militärregierung, zu ermöglichen, daß die Landtage nicht nur der US-Zone, sondern auch der anderen Zonen miteinander in Verbindung treten, um die Bildung eines derartigen Zwischen- oder Vorparlaments einzuleiten.

Dies möge als ein Zeichen dafür genommen werden, daß der Gedanke der Demokratie in Deutschland lebendig voranschreitet.

Am deutschen Volke liegt es nun, den Sinn der Stunde zu begreifen und mitzuarbeiten am Aufbau der deutschen Demokratie, der deutschen Einheit.

Nr. 50

Initiativ-Antrag der Fraktion der CDU.

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

Der Herr Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung wird ersucht:

1. Als bald eine Verordnung betr. die Durchführung des Verfahrens vor den Spruch- und Berufungskammern gemäß Gesetz vom 5. März 1946 vorzulegen,
 2. dafür Sorge zu tragen, daß als bald die gemäß Art. 46 des Gesetzes vom 5. März 1946 vorgesehenen Berufungskammern errichtet werden,
 3. §1 der 6. Durchführungsverordnung vom 15. Mai 1946 zum Gesetz vom 5. März 1946 abzuändern.
-